



GREEN BUDGET GERMANY

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

---

PRESSEMITTEILUNG VOM 14.04.2011

**EU-Kommission beschließt Verbesserungen der EU-Energiesteuer-Richtlinie 2003/96/EG**

## **FÖS BEGRÜSST STEUER-ANREIZE ZUR REDUZIERUNG VON CO<sub>2</sub>: „IMPULS FÜR DIE ENERGIEWENDE“**

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) e.V. unterstützt die neuen Vorschläge der EU-Kommission, den Ausstoß von CO<sub>2</sub> zu besteuern. Die CO<sub>2</sub>-Steuer soll nach Plänen der EU-Kommission EU-weit 40 Milliarden Euro Aufkommen erbringen, aber durch Senkung der Lohnnebenkosten aufkommensneutral sein. Doch auch zur Haushaltskonsolidierung und für die Förderung Erneuerbarer Energien und der Steigerung der Effizienz wären die Mittel sinnvoll einsetzbar. In jedem Fall werden diejenigen belohnt, die in effiziente Technologien und Erneuerbare Energien investieren. Autofahrer, Mieter und Immobilieneigentümer erhalten Anreize, Energiekosten zu sparen. Das FÖS fordert daher die Bundesregierung auf, die Vorschläge der Kommission zu unterstützen und Lobbyarbeit der deutschen Dieselautohersteller nicht weiter zu unterstützen. Vielmehr sollte sie von der EU-Kommission Vorschläge für höhere Mindeststeuersätze einfordern, um auch in anderen Staaten stärkere Sparanreize auszulösen. Nach einer Studie zu den Auswirkungen des Kommissionsvorschlags könnten in der EU bis zu einer Million zusätzliche Arbeitsplätze bis 2030 entstehen, die Einkommen der privaten Haushalte erhöhen sich leicht und die CO<sub>2</sub>-Emissionen in den Sektoren außerhalb des Emissionshandels sinken um vier Prozent.

**„Europa hat jetzt die einmalige Chance, zum führenden Wirtschaftsraum in einer effizienteren und ökologischeren Zukunft zu werden,“** sagt der Vorsitzende des FÖS, Dr. Anselm Görres. **„Finanzielle Anreize sind auch in Deutschland ein entscheidender Faktor, um die Energiewende zu schaffen. Deutschland kann nicht nur aus der Kernenergie aussteigen, sondern auch deutlich weniger Öl und Kohle importieren. Mit den richtigen Anreizen können die gewaltigen Potentiale für alternative Energie und Energieeinsparungen erschlossen werden.“**

Energiesteuern sind ein sehr wirksames Instrument, um gesamtwirtschaftliche Anreize zur Steigerung der Effizienz zu schaffen, da nicht vorgeschrieben wird, wo und wie genau Energie gespart wird. Größtmögliche Entscheidungsfreiheit bleibt so gewährleistet. Die Bundesregierung hat sich in ihrem Energiekonzept vorgenommen, die Energieeffizienz deutlich zu steigern und das Zeitalter der erneuerbaren Energien schnellstmöglich zu erreichen. Allein mit dem Setzen von Zielvorgaben und Standards ist diese Steigerung nicht erreichbar. Bisher waren die Anreize für Sektoren außerhalb des Emissionshandels zu schwach. Wie wirksam finanzielle Anreize sind, zeigen europaweite Forschungsprojekte (siehe <http://www.petre.org.uk/events.htm>). Sie haben auch gezeigt, dass weder Wettbewerbsfähigkeit noch Wachstum negativ beeinflusst werden.

---

**GREEN BUDGET GERMANY (GBG) • FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT e.V.**  
Schwedenstraße 15a · D-13357 Berlin · Fon/Fax +49-30-76 23 991-30/-59 · [foes@foes.de](mailto:foes@foes.de) · [www.foes.de](http://www.foes.de)  
GLS Gemeinschaftsbank eG Konto 804 371 3000 · BLZ 430 609 67 · IBAN DE87430609678043713000  
Gemeinnützig zur Förderung wissenschaftlicher Zwecke laut Finanzamt München für Körperschaften

Der Vorschlag der EU-Kommission sieht vor, dass endlich Wettbewerbsgleichheit zwischen den einzelnen Energieträgern in einem Verwendungsbereich hergestellt wird. Damit werden zum Beispiel Gaskunden indirekt belohnt: Bisher wird Kohle für Heizzwecke in Deutschland kaum besteuert, und bei der Besteuerung von leichtem Heizöl liegt Deutschland EU-weit im unteren Drittel. Ausgerechnet Erdgas wird dagegen bisher deutlich stärker besteuert, obwohl es weniger klimaschädlich ist als Kohle und Erdöl. Künftig gilt: Je höher der CO<sub>2</sub>-Ausstoß eines Energieträgers, desto höher die Besteuerung. Damit werden auch die Bio-Energieträger deutlich wettbewerbsfähiger. Kai Schlegelmilch, stellvertretender Vorsitzender des FÖS unterstreicht die Vorteile: **„Wer klimaschonend heizt, wird belohnt und spart Geld. Die Ungerechtigkeiten und Verwerfungen des bisherigen Steuersystems für klimafreundliche Energieträger werden beseitigt.“**

Im Verkehrsbereich wird ein Liter Diesel deutlich höher als Benzin zu besteuern sein, um so die höheren CO<sub>2</sub>-Emissionen je Liter zu reflektieren. Dies steigert die Wettbewerbsfähigkeit alternativer Antriebstechnologien und unterstützt die Ziele der Bundesregierung im Bereich Elektromobilität. So wird durch die CO<sub>2</sub>-Steuer auch im Verkehrsbereich die Energiewende forciert. Eine in dieser Woche von der Umweltorganisation „Transport and Environment“ vorgestellte Studie zeigt, dass ein Kraftstoffpreisanstieg von 10% den Treibstoffverbrauch bei Autos insbesondere durch sparsamere Motoren um 6-8% und bei Lastwagen um 2-6% reduziert. Letztlich stellen die ermäßigten Dieselsteuern eine umweltschädliche Subventionierung und damit Verschwendung von Steuergeldern dar, die sich Deutschland heute nicht mehr leisten kann.

Die EU-Kommission schlägt sehr lange Übergangsfristen für eine sozial- und wettbewerbsverträgliche Einführung vor. Erst nach 2023 würde Diesel höher als Benzin besteuert werden müssen. Der Vorteil der niedrigeren Kraftstoffkosten durch die per se effizienteren Dieselmotoren bleibt erhalten. Geprüft werden muss nun allerdings, ob sich aus der neuen Energiesteuerrichtlinie evtl. ein Anpassungsbedarf bei der Kraftfahrzeugsteuer ergibt, wo Dieselfahrzeuge nach der gegenwärtigen Regelung benachteiligt werden. Beispielsweise könnte auch die KfZ-Steuer neben der Orientierung am Hubraum künftig noch stärker am CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Fahrzeugs bemessen werden.

Ein innovatives Element ist die Korrektur der Steuersätze um die Inflation: Das ist sinnvoll, wenn Steuern nicht auf Preisen basieren, sondern auf Mengen wie Litern und Kilowattstunden. So müsste heute die Energiesteuer für Treibstoffe um 7 Cent höher sein, um allein den realen Anreizverfall durch die Inflation seit ihrer letzten Erhöhung im Jahr 2003 auszugleichen.

Die Höhe der CO<sub>2</sub>-Steuer sollte dabei nicht auf nur 20 Euro/t CO<sub>2</sub> festgelegt werden, sondern die mittel- und langfristige absehbare Steigerung des Zertifikatspreis auf 30 Euro aufgegriffen werden.

*Kontakt:*

*Damian Ludewig, FÖS-Geschäftsführer (0170-8902680)*

*Kai Schlegelmilch, stellvertretender FÖS-Vorsitzender (030-18305-3631)*